

## Bund-Länder Einigung zum Thema Migration

Laut ZDF-Politbarometer geben 52 Prozent der Befragten Themen der Flüchtlings- und Asylpolitik als das für sie wichtiges Thema an.<sup>1</sup> Das Thema Migration ist aktuell also in aller Munde. Viele Kommunen und Flüchtlingshelfer klagen über eine Überlastung in dieser Frage.<sup>2</sup> So gaben laut einer nicht-repräsentativen Umfrage der Universität Hildesheim 40 Prozent der Kommunen, die auf den Fragebogen der Forscher geantwortet haben, an, dass sie sich überlastet fühlen und sich in einem Notfallmodus befinden.<sup>3</sup> <sup>4</sup> Mit über 260.000 Asylanträgen bis einschließlich Ende Oktober liegt die Anzahl von Asylanträgen aus diesem Jahr schon jetzt oberhalb der Gesamtwerte aller Jahre seit einschließlich 2017. Die über 400.000 bzw. über 700.000 Asylanträge der Jahre 2015 und 2016 sind jedoch weiterhin in weiter Ferne.<sup>5</sup> Zusätzlich zu diesen Flüchtlingen, die einen Asylantrag gestellt haben, kommen die circa eine Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine noch als weitere Belastung für die Kommunen obendrauf.<sup>6</sup>

Anfang dieser Woche haben sich Bund und Länder nun auf neue Maßnahme zum Thema Migration geeinigt. Ziel ist es, die Fluchtmigration nach Deutschland deutlich und nachhaltig zu senken. Hier ein paar Details aus der Einigung:

Asylanträge und das anschließende Gerichtsverfahren von Antragsstellern aus Ländern mit einer durchschnittlichen Anerkennungsquote von 5 Prozent oder niedriger sollen fortan schneller, nämlich in jeweils drei Monaten, abgeschlossen werden. Der Bund zahlt den Kommunen über die Länder fortan eine Pro-Kopf-Pauschale von 7500 Euro pro Antragssteller pro Jahr. Städtetagvizepräsident Burkhard Jung (SPD) lobt die Einführung der Pro-Kopf-Pauschale, kritisiert jedoch deren Höhe.<sup>7</sup>

Die Sozialleistungen für Asylbewerber sollen in Zukunft gekürzt werden. Fortan erhalten Asylbewerber nicht mehr nach 18, sondern erst nach 36 Monaten Analogleistungen in Höhe der regulären Sozialhilfe. Geflüchtete sollen ihre Leistungen für den täglichen Bedarf seltener in Bargeld und vermehrt über eine Bezahlkarte erhalten. Finanzminister Christian Lindner lobte diese Entscheidungen, da so „die Anziehungskraft des deutschen Sozialstaats reduziert“ werde.<sup>8</sup> Lindner spielt damit auf die „Welfare Magnet Hypothesis“ an, laut der höhere Sozialleistungen ein Pull-Faktor für Migranten wären. In der Tat ist die Wohlfahrt eines Landes, also z.B. das BIP pro Kopf, empirisch ein Pull-Faktor für Migranten allgemein, also nicht nur Flüchtlinge.<sup>9</sup> Dahingegen stellt sich die empirische Untersuchung der

---

<sup>1</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-asyl-ampel-wagenknecht-israel-gaza-100.html?slide=1697726065178>

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/migration-kommunen-helfer-100.html>

<sup>3</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ueberlastung-kommunen-aktuelle-lage-100.html>

<sup>4</sup> <https://mediendienst->

[integration.de/fileadmin/Dateien/Universitaet\\_Hildesheim\\_Mediendienst\\_Integration\\_Umfrage\\_Fluechtlings\\_unterbringung\\_in\\_den\\_Kommunen.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Universitaet_Hildesheim_Mediendienst_Integration_Umfrage_Fluechtlings_unterbringung_in_den_Kommunen.pdf)

<sup>5</sup> [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154286/umfrage/asylantraege-erstantraege-in-deutschland-seit-1995/#:~:text=Asylantr%C3%A4ge%20\(Erstantr%C3%A4ge\)%20in%20Deutschland%20%2D%20Jahreswerte%20bis%202023&text=Im%20Jahr%202023%20wurden%20in,den%20Jahren%202015%20und%202016.](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154286/umfrage/asylantraege-erstantraege-in-deutschland-seit-1995/#:~:text=Asylantr%C3%A4ge%20(Erstantr%C3%A4ge)%20in%20Deutschland%20%2D%20Jahreswerte%20bis%202023&text=Im%20Jahr%202023%20wurden%20in,den%20Jahren%202015%20und%202016.)

<sup>6</sup> <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlings.html>

<sup>7</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/mpk-migration-reaktionen-100.html>

<sup>8</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-asyl-beschluesse-100.html>

<sup>9</sup> <https://www.imf.org/external/np/g20/pdf/2015/111515background.pdf>

Auswirkung der Höhe der Sozialleistungen auf die Migration wegen methodischer Komplikationen als schwierig dar. Die vorhandenen empirischen Ergebnisse der Literatur sind gemischt.<sup>10</sup>

Die Bund-Länder-Einigung sieht ebenfalls vor, dass die im Oktober eingeführten stationären Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz fortgeführt werden sollen. Außerdem soll die Anzahl an Abschiebungen durch neue Migrationsabkommen mit den jeweiligen Herkunftsstaaten zu erhöht werden. Ein derartiges Abkommen mit Tunesien auf EU-Ebene befindet sich gerade an der Schwelle des Scheiterns.<sup>11</sup>

Die Bundesregierung möchte auch die Durchführung von Asylverfahren in einem sicheren Drittstaat prüfen.<sup>12</sup> Dieser als „Ruanda-Modell“ bekannte Ansatz sieht vor, dass Asylantragsteller nach ihrer Ankunft in einen sicheren Drittstaat überführt und die Anträge dort durchgeführt werden. Der Drittstaat erhält dafür Geld und nimmt die abgelehnten Flüchtlinge auf. Diese Verfahren verstoßen gegen aktuell bestehendes EU-Recht.<sup>13</sup> Das Ruanda-Modell in Großbritannien scheiterte vor Gericht, da Ruanda nicht als sicherer Drittstaat eingeschätzt werden konnte.<sup>14</sup> Italien und Albanien haben für eine ähnliche Lösung bereits eine Absichtserklärung unterschrieben.<sup>15</sup>

Auch wenn die CDU-Ministerpräsidenten dem Bund-Länder-Kompromiss zugestimmt haben, zeigt sich die Bundes-CDU unzufrieden.<sup>16 17</sup> Die deutsche Bevölkerung ist von der Wirksamkeit härterer Asylregeln nicht überzeugt. Laut dem ZDF-Politbarometer glauben 78 Prozent der Befragten nicht, dass schärfere Regelungen zu weniger Flüchtlingen führen werden.<sup>18</sup>

#### Notizen:

- Erdogan in Berlin nächste Woche Freitag: u.a. EU Türkei Deal.<sup>19</sup>
- Schwarz Gelber Migrationspakt<sup>20</sup>
- Seenotretter drohen zukünftig möglicherweise Strafen. Zoff Grüne FDP. AA Baerbock finanzielle Unterstützung Seenotretter,<sup>21</sup>
  - "Seenotretter, die zwar nicht zum eigenen Vorteil handeln, aber Flüchtlinge systematisch in die EU bringen, machen sich gewollt oder ungewollt zum Bestandteil des kriminellen Schleusersystems und können sich dann unter Umständen auch selbst strafbar machen. Dies muss im Gesetzentwurf deutlich

---

<sup>10</sup> <https://docs.iza.org/dp6450.pdf>

<sup>11</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tunesien-eu-migrationspakt-rueckzahlung-100.html>

<sup>12</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-asyl-beschluesse-100.html>

<sup>13</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-drittstaatenloesung-mpk-asylverfahren-1.6299892>

<sup>14</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/wuest-bund-laender-ruanda-asyl-migration-fluechtlinge-100.html>

<sup>15</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-11/italien-albanien-migration-aufnahme-eu>

<sup>16</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/union-migration-102.html>

<sup>17</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/mpk-migration-reaktionen-100.html>

<sup>18</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-asyl-ampel-wagenknecht-israel-gaza-100.html?slide=1699591248921>

<sup>19</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/erdogan-deutschlandbesuch-programm-100.html>

<sup>20</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/bund-laender-gipfel-migration-kanzleramt-1.6298725>

<sup>21</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/ampel-koalition-gesetzentwurf-seenotretter-strafen-schleuser-1.6300208>

werden", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Stephan Thomae, den Zeitungen der Mediengruppe Bayern.<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-11/migration-scenotrettung-fdp-gruene-straefbarkeit>